



Brüssel, den 16.04.2024. Ein Jahr nach dem AKW-Aus werden dramatische Folgen für die deutsche Wirtschaft sichtbar, dabei hatte Bundeswirtschaftsminister Habeck die Entscheidung zur Abschaltung der letzten verbliebenen Meiler erst vor kurzem ausschweifen gelobt. Schreckensszenarien seien nicht eingetreten, die Stromversorgung sei sicher, Strom-Preise und CO₂-Emissionen würden sinken.

Fakt ist: Die Strompreise in Deutschland würden durch einen Weiterbetrieb der AKWs deutlich niedriger ausfallen als aktuell. Ökonomen wie Prof. Manuel Frondel vom Leibnitz-Institut für Wirtschaftsforschung sehen die Abschaltung der Kernkraftwerke in den vergangenen Jahren als Ursache für einen Wohlstandsverlust für Deutschland in Milliardenhöhe.

Die These wird durch eine Analyse der Wirtschaftsweisen Prof. Veronika Grimm untermauert, die davon ausgeht, dass die Stromkosten aufgrund des teuren Netzausbau und der unzureichenden Speichertechnologien bis 2040 sogar leicht ansteigen werden.

Zum ersten Mal seit 2002 wurde Deutschland infolge des AKW-Aus im Jahr 2023 zum Nettoimporteur von Strom. 2024 ist das bereits in den Wintermonaten der Fall. Es ist für eine Mehrheit der Bevölkerung nicht nachvollziehbar, warum Deutschland darauf verzichtet kostengünstigen Atomstrom zu produzieren und stattdessen verstärkt Strom aus dem Ausland kauft, bei dem es sich oft um Atomstrom aus Frankreich handelt.

Auch der Rückgang der CO₂-Emissionen in Deutschland hat wenig mit der Energiepolitik der Ampel-Koalition zu tun. Die Ursache liegt viel eher in der wirtschaftlichen Schwäche und der Produktionsreduktion in der Industrie (aufgrund der hohen Energiepreise) begründet. Von einem klimapolitischen Erfolg kann folglich keine Rede sein.

Darüber hinaus ist Deutschland noch immer sehr bürokratisch beim Ausbau der Erneuerbaren. Derzeit liegt beispielsweise die Realisierungsdauer für Windräder bei 26 Monaten.

Wie so oft wählt Deutschland in diesem Politikbereich einen Sonderweg, der im Ausland über die gesamte Welt hinweg nur zweifelnde Gesichter und Kopfschütteln vorfindet. Grundfeiler unserer Industrie, insbesondere für die Chemie- und Automobilkonzerne, sind günstige Energiepreise. Entfallen diese, werden Arbeitsplätze bedroht, Preise angehoben und die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes beeinträchtigt.

Ein „Weiter so“ darf es auch keinen Fall geben.